



II- 9883 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/3-I/6/90

24. Jänner 1990

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

Parlament
1017 W i e n

4586 IAB
1990 -01- 26
zu 4600 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Lackner und Kollegen haben am 28. November 1989 unter der Nr. 4600/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Leistungen für den politischen Bezirk Lienz (Tirol) in der XVII. Gesetzgebungsperiode gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Strategien hat das österreichische Institut für Raumplanung für den Bezirk Lienz (Tirol) entwickelt?
2. Welche Leistungen wurden von Ihnen in der XVII. Gesetzgebungsperiode für den politischen Bezirk Lienz (Tirol) bereits erbracht?
3. Welche Maßnahmen sind von Ihnen für den politischen Bezirk Lienz (Tirol) in der XVII. Gesetzgebungsperiode noch vorgesehen?
4. Wieviel an öffentlichen Mitteln flossen in den Jahren 1987, 1988 und 1989 in den Bezirk Lienz (Tirol) und wieviel öffentliche Mittel seitens Ihres Verantwortungsbereichs werden 1990 (laut Budget 1990) in den Bezirk Lienz (Tirol) fließen?

- 2 -

5. Was werden Sie unternehmen, um das in vielen Bezirken niedrige Pro-Kopf-Regionalprodukt an den österreichischen Durchschnitt heranzuführen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Das Österreichische Institut für Raumplanung (ÖIR) hat im Rahmen einer Studie für die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) keine speziellen Strategien für den Bezirk Lienz erarbeitet. Die im Nachrichtenmagazin PROFIL zitierte ÖROK-Publikation umfaßt vielmehr eine Einführung in die Fragestellung "regionale Eigenständigkeit", einen Versuch zur quantitativen Bewertung des Grades der Eigenständigkeit in Relation zu anderen regionalen Problemindikatoren sowie einen Überblick über verschiedene Ansätze einer am Gesichtspunkt der regionalen Eigenständigkeit orientierten Regionalpolitik im In- und Ausland.

Die vom ÖIR verwendeten Indikatoren zeigen in dieser Studie für den Bezirk Lienz insgesamt eine ausgeprägte Problemlage (u.a. durch sehr niedriges Lohnniveau, hohen Problempendleranteil und extrem periphere Lage zu den meisten höherrangigen Einrichtungen), aber ein hohes Maß an Eigenständigkeit.

Bereits früher (1983/84) wurde vom ÖIR im Auftrag des Bundeskanzleramtes ein Entwicklungsprogramm für Osttirol erarbeitet, welches Grundlage für regionalpolitische Maßnahmen des Bundes bildete (Osttirol-Sonderprogramm 1984-86).

Zu den Fragen 2 bis 5:

Osttirol ist in der im Juli 1989 erfolgten Neuabgrenzung der ÖROK-Problemgebiete enthalten. Dem Land wurde bereits vom zuständigen Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr die Wiederaufnahme der gemeinsamen industriell-gewerb-

- 3 -

lichen Regionalförderung angeboten. Auch im Rahmen des modifizierten und bis 1992 verlängerten Förderungsprogramms des Bundeskanzleramtes für eigenständige Regionalentwicklung werden innovative, regionalpolitisch interessante Projekte in Osttirol gefördert werden können.

Vom Bundeskanzleramt wurden im Rahmen der regional- und strukturpolitischen Maßnahmen für das Projekt "Villgraten-Frischlamm Ges.m.b.H." im Jahre 1987 S 340.000,-- zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 1990 sind S 200.000,-- vorgesehen.

Dem politischen Bezirk Lienz flossen im übrigen öffentliche Mittel von verschiedenen anderen Ressorts zu, die die zuständigen Bundesminister bei der Beantwortung der an sie gerichteten parlamentarischen Anfrage gleichen Inhalts aufgezeigt haben.

Ich verweise daher auch auf diese Beantwortungen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Fausitzner', written in a cursive style.